

EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

Juni 2026

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Debatte zum mehrjährigen Finanzrahmen nimmt Fahrt auf. Kurz vor der Vorlage dieses Verhandlungspapiers der zyprischen EU-Ratspräsidentschaft verschärft sich die Debatte über den künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union. Während mehrere Staaten höhere Mittel für klassische Politikbereiche verlangen, drängen Nettozahler auf Einsparungen und eine stärkere Modernisierung des Haushalts.

Beim Treffen des Allgemeinen Rates in Brüssel machte die schwedische Europaministerin Jessica Rosencrantz deutlich, dass aus Sicht ihres Landes kein größerer, sondern ein effizienterer EU-Haushalt erforderlich sei. Unterstützung erhielt sie unter anderem aus Österreich. Zuvor hatten jedoch 16 Mitgliedstaaten unter Führung Polens und Rumäniens mehr Geld insbesondere für Landwirtschaft, Fischerei und die Kohäsionspolitik gefordert.

Die Gruppe der sogenannten „Freunde der Kohäsion“ veröffentlichte dazu ein gemeinsames Positionspapier. Darin betonen die Staaten die zentrale Bedeutung der Agrar- und Strukturpolitik für wirtschaftliche Entwicklung, regionale Angleichung und Ernährungssicherheit in Europa. Hintergrund ist der Vorschlag der EU-Kommission für den Finanzrahmen 2028 bis 2034: Zwar soll das Gesamtvolumen auf rund zwei Billionen Euro steigen, gleichzeitig sind bei den traditionellen Ausgabenbereichen reale Kürzungen vorgesehen. Die Kommission möchte damit finanzielle Spielräume für neue Prioritäten wie Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit schaffen.

Mit ihrer Initiative setzen die Nettoempfängerländer frühzeitig ein politisches Signal für die anstehenden Verhandlungen. Die zyprische Ratspräsidentschaft will den Mitgliedstaaten voraussichtlich Anfang Juni einen ersten Entwurf für die sogenannte Verhandlungsbox vorlegen. Dieser soll zunächst Eckdaten zur Gesamthöhe des Haushalts und zu den einzelnen Ausgabenkategorien enthalten. Beobachter rechnen damit, dass Zypern als klassisches Kohäsionsland einen vergleichsweise ambitionierten Budgetvorschlag präsentieren wird.

Parallel dazu stimmen die Nettozahler ihre Positionen enger ab. Die schwedische Ministerin Rosencrantz und ihre österreichische Kollegin Claudia Bauer luden Vertreter weiterer Mitgliedstaaten zu einem Arbeitsfrühstück ein, darunter Deutschland, die Niederlande, Frankreich und Belgien. Im Anschluss sprach sich Bauer für eine deutliche Reduzierung des geplanten Haushaltsvolumens aus. Kleine Einsparungen würden aus ihrer Sicht nicht ausreichen.

Auch die Bundesregierung setzt sich weiterhin für umfassende Kürzungen über alle Haushaltsbereiche hinweg ein. Berlin fordert zugleich eine grundlegende Modernisierung des EU-Haushalts, um neue politische Herausforderungen besser finanzieren zu können....

Gleichzeitig gibt es in der EU-Kommission Pläne, die Verwaltung des künftigen EU-Haushalts stärker zu zentralisieren. Möglich wäre eine neue Behörde namens „DG INVEST“, angelehnt an das Modell des Corona-Wiederaufbaufonds mit zentraler Kontrolle und an Bedingungen geknüpften Auszahlungen. Die Reform sorgt vor allem in den Generaldirektionen für Regionalpolitik, Landwirtschaft und Fischerei für Unruhe. Kritiker warnen vor einer Machtkonzentration in Brüssel und dem Verlust bisheriger Zuständigkeiten.

Damit geht es in der Debatte über den nächsten EU-Haushalt nicht nur um Geld, sondern auch um die Kontrolle über dessen Verteilung.

Mit herzlichen Grüßen aus Brüssel,

Dr. Merten Barnert

Inhaltsverzeichnis

1. Übergreifende Themen	5
Deutschland erhält 4,6 Mrd. € aus der Aufbau- und Resilienzfazilität	5
Kommissionsvorschlag für bessere Rechtssetzung.....	5
2. Inneres und Bau	6
Fünfter Schengen-Bericht veröffentlicht	6
EP: Zustimmung zur Konvention gegen Cyberkriminalität	6
Neues Europäisches Bauhaus: Förderung für die Wiederbelebung von Stadtvierteln	6
Europäische Wohnungsbauallianz vorgestellt	7
EU-Wahlgesetz: Stimmrechtsvertretung im Mutterschutz.....	7
3. Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung	8
EP: Richtlinie zu Rechten von Opfern von Straftaten	8
Kommission will Buchung von Bahntickets vereinfachen	8
Rat und EP einigen sich auf neue Regeln für schutzbedürftige Erwachsene	8
EP: Zustimmung zur Konvention gegen Cyberkriminalität	9
4. Finanzen und Digitalisierung	10
KI: Rat und EP einigen sich vorläufig auf Vereinfachung der Vorschriften	10
KI in der Bildung: Rat fordert auf den Menschen ausgerichteten Ansatz.....	10
EP: Zustimmung zur Konvention gegen Cyberkriminalität	10
5. Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus, Arbeit, Energie	11
KI: Rat und EP einigen sich vorläufig auf Vereinfachung der Vorschriften	11
Kommission will Buchung von Bahntickets vereinfachen	11
EU-USA-Handel: Einigung zur Umsetzung der Zollabsprache.....	11
EU-Mexiko-Abkommen: Rat autorisiert Unterzeichnung	11
Kohäsionspolitik: Kommission bereitet „Right to Stay“-Strategie vor	11
Wasserstoff: EU fördert neue Projekte und genehmigt deutsche Beihilferegulierung.....	12
Rat fordert nachhaltigere und wettbewerbsfähigere Tourismuspolitik	12
Start-ups und Scale-ups: Kommission veröffentlicht Scoreboard für Gründungsökosysteme	13
6. Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume, Umwelt	13
Rat (Landwirtschaft und Fischerei) zu Düngemittel und Handel	13
Rat: Vereinfachung bei Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit	13
Bericht und Rechtsakte zur Entwaldungsverordnung.....	14
Aktionsplan zur Sicherung der Düngemittelversorgung und Ernährungssicherheit	14
Rat nimmt neuen Rechtsakt zur Straffung der Vorschriften für Biozide an.....	14
Position des Rates für aktualisierte Vorschriften im Ökolandbau	15
Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und die EU-Habitatrichtlinie	15
EP stimmt für Stärkung der innereuropäischen Forstwirtschaft	15
Empfehlung des EP: Fischereien haben Nutzungsvorrecht auf dem Meer.....	16
EP warnt vor schlechtem Zustand der Ostsee	16
7. Bildung, Jugend	16
KI in der Bildung: Rat fordert auf den Menschen ausgerichteten Ansatz.....	16
Erasmus+ 2028-2034: Rat legt Verhandlungsposition fest	17
8. Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten	18
Aktionsplan für regionale Forschung und Innovation.....	18
Erasmus+ 2028-2034: Rat legt Verhandlungsposition fest	18
AgoraEU: Rat einigt sich auf partielles Mandat (Teil des MFR)	19
Wissenschaftsdiplomatie: Rat setzt neuen Rahmen für internationale Forschungskooperation	19
Start-ups und Scale-ups: Kommission veröffentlicht Scoreboard für Gründungsökosysteme	19
9. Soziales, Gesundheit und Sport	20

Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ (Sport)	20
Kritische Arzneimittel: Vorläufige Einigung erzielt	20
Europäisches Parlament fordert Aufwertung der Pflege und Sorgearbeit	21
Kommission legt Paket gegen Armut und für Menschen mit Behinderungen vor	21
Kommission fordert Deutschland auf, Regeln im Medizinbereich umzusetzen	21
10. Medien	22
AgoraEU: Rat einigt sich auf partielles Mandat (Teil des MFR)	22
11. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit	23
23. Treffen der Außenminister zur Sitzung des Ostseerates vom 28. bis 29. Mai in Sopot/ Polen	23
MV-Ostseetage 2026 – Horizonte erweitern	23
12. Laufende Konsultationen	24
13. Termine	26
14. Ansprechpartner(innen)	29

Erklärung zum Haftungsausschluss

Das Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich. Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird.

Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen.

Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrundeliegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung. Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.

1. Übergreifende Themen

Deutschland erhält 4,6 Mrd. € aus der Aufbau- und Resilienzfazilität

Am 5. Mai 2026 hat die Europäische Kommission weitere 4,6 Mrd. € aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) an Deutschland ausgezahlt.

Das Geld soll unter anderem in eine effizientere und digitalisierte öffentliche Verwaltung, energieeffiziente Gebäudesanierungen und den Ausbau der erneuerbaren Energien fließen. Ziel ist es, in den Mitgliedstaaten die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu stärken, den ökologischen und digitalen Wandel zu beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Laut Bundesministeriums der Finanzen werden die noch ausstehenden 6 Mrd. Euro bis Ende des Jahres im Rahmen des vierten und letzten Auszahlungsantrages abgerufen. Bisher hat Deutschland 24,3 Mrd. € der insgesamt 30,3 Mrd. € abgerufen.

Die ARF ist das Kernstück des europäischen Aufbaufonds NextGenerationEU und ist im Februar 2021 als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie in Kraft getreten. Die Europäische Union hat zur Finanzierung gemeinsame Schulden aufgenommen, die in den nächsten Jahren zurückgezahlt werden müssen.

[Pressemitteilung](#)

Kommissionsvorschlag für bessere Rechtssetzung

Die Europäische Kommission hat am 28. April 2026 eine „Mitteilung für bessere Rechtsetzung und zur Rechtsdurchsetzung“ veröffentlicht.

Die Europäische Kommission verfolgt mit ihrer Agenda für bessere Rechtsetzung das Ziel, EU-Vorschriften effizienter, transparenter und bürgerfreundlicher zu gestalten. So will die Europäische Kommission unter dem Leitsatz „Einfachheit durch Design“ bereits bei der Ausarbeitung neuer Vorschläge festlegen, wer wie tätig werden muss und welche Folgen die Nichteinhaltung hat, um Unklarheiten von Beginn an zu vermeiden. Zur Begrenzung des Verwaltungsaufwands soll in Zukunft jede neue Belastung durch die Entlastung an anderer Stelle im selben Politikbereich ausgeglichen werden.

Bevor ein Gesetzesvorschlag fertiggestellt wird, will die Europäische Kommission die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen prüfen. Zur Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen sieht die Europäische Kommission eine spezielle Prüfung vor, ob diese durch neue Regelungen überproportional belastet werden. Ein unabhängiges Gremium innerhalb der Europäischen Kommission soll die Qualität dieser Folgenabschätzungen kontrollieren.

Um unterschiedliche Umsetzungen in den EU-Mitgliedstaaten zu vermeiden (Gold-Plating), sollen durch die EU verstärkt direkte Verordnungen statt Richtlinien genutzt werden.

[Mitteilung](#)

Fünfter Schengen-Bericht veröffentlicht

Die Kommission hat am 18. Mai 2026 den fünften Bericht zum Schengen-Raum veröffentlicht. Der Schengen-Raum ermöglicht es mehr als 450 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürgern, frei über Grenzen hinweg zu reisen, zu arbeiten, zu studieren und zu leben, und unterstützt gleichzeitig den Handel, den Tourismus und den freien Warenverkehr, die für die europäische Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sind, sowie eine enge Zusammenarbeit zum Schutz der Außengrenzen der Union.

Im Schengen-Statusbericht 2026 werden wichtige Errungenschaften des vergangenen Jahres hervorgehoben. Dazu gehöre ein besserer Schutz der Außengrenzen und ein Rückgang der illegalen Grenzübertritte um 26 % 2025 im Vergleich zu 2024. Ein Meilenstein für den Schutz der Außengrenzen war die vollständige Einführung des Einreise-/Ausreisystems (EES) im April 2026, mit dem ein stärkerer und stärker digitalisierter Schengen-Raum geschaffen wurde. In den ersten sechs Monaten ihres Bestehens registrierten die Mitgliedstaaten mehr als 66 Millionen Ein- und Ausreisen, und 32000 Personen, die kein Recht auf Einreise in die EU hatten, wurde die Einreise verweigert. Darüber hinaus nahm die Kommission im Januar 2026 die allererste EU-Visumstrategie an.

Die Prioritäten für den fünften Schengen-Zyklus (2026-2027) werden sich auf die Konsolidierung der Errungenschaften, die Schließung verbleibender Lücken und die Verbesserung der Vorsorge für aktuelle und künftige Herausforderungen konzentrieren.

Der Bericht soll auf dem Rat „Justiz und Inneres“ im Juni erörtert und die Prioritäten für den Zeitraum 2026–2027 festgelegt werden.

[Pressemitteilung](#)

EP: Zustimmung zur Konvention gegen Cyberkriminalität

Das Europäische Parlament hat am 20. Mai 2026 seine Zustimmung zum Abschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Cyberkriminalität gegeben. Kriminalität im Internet stelle eine wachsende Bedrohung in unserer Gesellschaft dar. Gleichzeitig gewinnen elektronische Beweismittel in Ermittlungen immer mehr an Bedeutung. Die Konvention wurde im Dezember 2024 von der UN-Generalversammlung verabschiedet und im Oktober 2025 hat der [Rat](#) das Europäische Parlament um seine Zustimmung ersucht. Ein wichtiger Aspekt des Übereinkommens ist die Harmonisierung zwischen den teilnehmenden Ländern bei der Kriminalisierung bestimmter Straftaten im Internet (z.B. IT-Betrug). So sollen auch Handlungen im Zusammenhang mit Darstellungen von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet, die Kontaktaufnahme zu Kindern und die nicht einvernehmlichen Verbreitung von Intimbildern kriminalisiert werden. Diese Straftaten sind auf EU-Ebene bereits kriminalisiert, jedoch noch nicht auf einer breiteren internationalen Ebene. Alle Unterzeichnerstaaten verpflichten sich zur internationalen Zusammenarbeit. Diese könne jedoch auch abgelehnt werden, sollte die Zusammenarbeit Menschenrechte verletzen oder politisch motiviert sein.

[Beschluss](#)

Neues Europäisches Bauhaus: Förderung für die Wiederbelebung von Stadtvierteln

Im Rahmen der Initiative zum Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) hat die Kommission am 5. Mai 2026 eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Wiederbelebung von Stadtvierteln in ganz Europa veröffentlicht. Gesucht sind innovative Lösungen, die die Attraktivität, Inklusivität und Nachhaltigkeit der europäischen Nachbarschaften verbessern. Auch Vorschläge rund um die Erschwinglichkeit von Wohnraum sind Teil des Aufrufs. Interessierte und förderfähige Antragsteller können ihre Vorschläge bis zum 1. Dezember 2026 einreichen.

Für 2026 wird die [NEB-Fazilität](#) mit einem Gesamtbudget von rund 101 Millionen € über das EU-Forschungs- und Innovationsprogramm [Horizont Europa](#) ausgewählte Projekte in drei Bereichen finanzieren:

- Verknüpfung des grünen Wandels, der sozialen Inklusion und der lokalen Demokratie;
- kreislauforientierte und regenerative Ansätze für die bauliche Umwelt;
- innovative Finanzierung und neue Geschäftsmodelle für den Wandel in der Nachbarschaft.

Alle offenen und künftigen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen finden Sie auch online auf der [Website des Neuen Europäischen Bauhauses](#).

[Pressemitteilung](#)

Europäische Wohnungsbaualliance vorgestellt

Die Kommission stellte am 12. Mai 2026 die Europäische Wohnungsbaualliance vor. Sie ist eine der Hauptprioritäten des neuen europäischen Plans für erschwinglichen Wohnraum. Die Alliance soll eine offene Plattform sein, um diejenigen zu vereinen, die an der Lösung der europäischen Wohnungskrise beteiligt sind und Mitgliedstaaten, Regionen, Städte und Interessenträger zusammenbringen. Hintergrund für die Initiative der Kommission sind steigende Wohnkosten, ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum sowie ein erheblicher Investitionsbedarf in Neubau und Sanierung.

Durch die Vernetzung aller Regierungs- und Verwaltungsebenen soll die Alliance Fachwissen und bewährte Verfahren aus ganz Europa für den Wohnungsbau nutzen, um den Austausch und das gegenseitige Lernen zu ermöglichen. Am 19. Juni 2026 findet ein Informationstreffen zur Gestaltung der Alliance statt.

[Webseite der Kommission](#)

EU-Wahlgesetz: Stimmrechtsvertretung im Mutterschutz

Am 26. Mai 2026 hat der Rat die Zustimmung gegeben, das Europäische Wahlrecht zu reformieren. Abgeordnete haben nach dem Beschluss während der letzten drei Monate einer Schwangerschaft und bis zu sechs Monate nach der Geburt die Möglichkeit, ihr Stimmrecht im Europäischen Parlament auf andere Abgeordnete zu übertragen. Laut dem jetzigen Wahlgesetz gilt das Stimmrecht als persönlich. Dies bedeutet, dass Abgeordnete ihre Stimme selber und in Person abgeben müssen. Für Abgeordnete bedeutet das während der Schwangerschaft und auch nach der Geburt, dass sie auf ihr Stimmrecht verzichten müssen, wenn sie im Mutterschutz sind und nicht persönlich vor Ort sein können.

Mit der Stimmrechtsvertretung soll das EU-Wahlgesetz an die Lebensrealität von Müttern angepasst werden. Es soll sichergestellt werden, dass Abgeordnete des Europäischen Parlaments sich nicht zwischen ihrem politischen Amt und der Familie entscheiden müssen, und auch Mütter vollständig am politischen Leben teilnehmen können. Damit will sich die EU für Gleichberechtigung in der Politik einsetzen und die demokratische Repräsentation bei Abstimmungen stärken.

Bevor die Reform in Kraft treten kann, muss sie noch von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden.

[Pressemitteilung](#)

EP: Richtlinie zu Rechten von Opfern von Straftaten

Das Europäische Parlament hat am 21. Mai 2026 mit 440 Ja-Stimmen, 49 Nein-Stimmen und 84 Enthaltungen eine Richtlinie verabschiedet, um die Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen für Opfer von Straftaten sowie deren Rechte in Strafverfahren zu stärken. Dazu gehören ein neues Recht auf Privatsphäre und Nichtweitergabe personenbezogener Daten eines Opfers an den Täter, Prozesskostenhilfe für das Verfahren für Opfer mit unzureichenden finanziellen Mitteln und beschleunigte Auszahlung von Entschädigungen. Es sollen auch Hotlines eingerichtet werden, die Informationen, Unterstützung und Weitervermittlung an zuständige Stellen bieten, und online, über Apps sowie über die EU-weite Telefonnummer 116 006 erreichbar sind. Die Möglichkeit, Straftaten online anzuzeigen, soll gewährleistet werden.

Opfern mit besonderen Bedürfnissen und Opfern sexueller Gewalt soll gezielt geholfen werden. Dazu zählt unter anderem der Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, wie z. B. Notfallverhütung (die Pille danach), Postexpositionsprophylaxe (vorbeugende medizinische Maßnahme nach möglichem Kontakt mit Krankheitserregern), Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten und Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen. Auch besondere Sorgfalt beim Schutz und bei der Unterstützung von Kindern soll gewährleistet werden.

Die Richtlinie muss nun auch vom Rat förmlich gebilligt werden, und vor in Kraft treten im Amtsblatt veröffentlicht werden. Die Mitgliedsstaaten haben daraufhin zwei Jahre Zeit die Richtlinien umzusetzen.

[Pressemitteilung](#)

Kommission will Buchung von Bahntickets vereinfachen

Die Kommission hat am 13. Mai 2026 eine Verordnung zur Planung und Buchung von Regional-, Fern- und grenzüberschreitenden Reisen vorgelegt. Diese gelte insbesondere für Bahnfahrten, an denen mehrere Betreiber beteiligt sind. Dabei soll auch der Schutz für Bahnreisende während der gesamten Reise verbessert werden.

Ziel der Kommission ist es, die einmalige Buchung von Fahrkarten für mehrere Bahnunternehmen zu ermöglichen und den Bahnmarkt transparenter und zugänglicher machen. So sollen Fahrgäste Angebote verschiedener Bahnunternehmen zu einem einzigen Ticket zusammenstellen, vergleichen und kaufen können. Dies soll in einem einzigen Vorgang auf einer Ticketplattform ihrer Wahl möglich sein. Dabei kann es sich nach dem jetzigen Vorschlag um eine unabhängige Plattform oder um den Ticketdienst des Bahnunternehmens handeln.

Bei verpassten Anschlüssen auf Bahnreisen, an denen mehrere Betreiber beteiligt sind, sollen Fahrgäste mit einem einzigen Fahrschein in den Genuss eines neuen, umfassenden Fahrgastrechtsschutzes kommen, der Hilfe, Umleitung, Erstattung und Entschädigung umfasst. Die Kommission will zudem neue Verpflichtungen für Ticketplattformen einführen.

Die vorgeschlagenen Verordnungen muss im weiteren Verfahren vom Rat und Europäischen Parlament im Zuge des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens angenommen werden.

[Pressemitteilung](#)

Rat und EP einigen sich auf neue Regeln für schutzbedürftige Erwachsene

Am 12. Mai 2026 haben sich der Rat und das Europäische Parlament auf eine neue Verordnung geeinigt, um die Rechte von Erwachsenen zu gewährleisten, die in grenzüberschreitenden Situationen Schutz oder Unterstützung benötigen. Sie baut auf dem Haager Übereinkommen auf. Dies umfasst u.a. Regelungen in Bezug auf den Verkauf von Eigentum, die medizinische Versorgung oder den Umzug in ein anderes Land. Das neue Gesetz soll die Rechte von Erwachsenen schützen, die nicht mehr in der Lage sind, Entscheidungen ohne Unterstützung zu treffen – beispielsweise Personen mit altersbedingten Erkrankungen wie Alzheimer, die von einem Familienmitglied oder einem anderen Vertreter unterstützt werden.

Konkret legen die neuen Vorschriften fest, welches Gericht in einem grenzüberschreitenden Fall für die Anordnung von Schutzmaßnahmen zuständig ist, welches Recht Anwendung findet sowie unter welchen Bedingungen im Ausland getroffene Maßnahmen oder eingeräumte Vertretungsbefugnisse anerkannt und vollstreckt werden können.

Sobald die Verordnung förmlich verabschiedet wurde, tritt diese 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

[Pressemitteilung](#)

EP: Zustimmung zur Konvention gegen Cyberkriminalität

Siehe unter [Inneres](#).

KI: Rat und EP einigen sich vorläufig auf Vereinfachung der Vorschriften

Die Verhandlungsführer des Ratsvorsitzes und des Europäischen Parlaments haben am 7. Mai 2026 eine vorläufige Einigung über einen Vorschlag erzielt, mit dem bestimmte Vorschriften für künstliche Intelligenz (KI) gestrafft werden sollen.

Der Vorschlag ist Teil des sogenannten „Omnibus VII“-Gesetzgebungspakets im Rahmen der Vereinfachungsagenda der EU. Das Paket umfasst Vorschläge für zwei Verordnungen, mit denen der Rechtsrahmen der EU für den digitalen Bereich und die Umsetzung harmonisierter Vorschriften für KI vereinfacht werden sollen.

Die Kommission hatte vorgeschlagen, die Frist für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme um bis zu 16 Monate zu verlängern, damit die Vorschriften erst in Kraft treten, wenn die Kommission die Verfügbarkeit der benötigten Normen und Instrumente bestätigt. Zudem hatte die Kommission weitere gezielte Änderungen der Verordnung über künstliche Intelligenz vorgeschlagen, um bestimmte regulatorische Ausnahmen für KMU auf kleine Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung auszuweiten. Des Weiteren schlug sie vor, in einigen wenigen Fällen die Anforderungen zu senken, mehr Spielraum für die Verarbeitung sensibler personenbezogener Daten zur Erkennung und Korrektur von Verzerrungen zu schaffen, das Büro für Künstliche Intelligenz zu verstärken und die Fragmentierung der Governance zu verringern.

Der Rat und das Europäische Parlament haben unter anderem eine neue Bestimmung in die Verordnung über KI aufgenommen, mit der KI-Praktiken verboten werden, die nicht einvernehmliche sexuelle und intime Inhalte oder Darstellungen von sexuellem Missbrauch von Kindern erzeugen. Außerdem wurde ein fester Zeitplan für die verzögerte Anwendung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme eingeführt: Sie sollen nun ab dem 2. Dezember 2027 für eigenständige Hochrisiko-KI-Systeme und ab dem 2. August 2028 für Hochrisiko-KI-Systeme, die in Produkte eingebettet sind, gelten. Darüber hinaus wurde die Verpflichtung für Anbieter wieder aufgenommen, KI-Systeme in der EU-Datenbank für Hochrisikosysteme zu registrieren, auch wenn sie der Auffassung sind, dass ihre Systeme nicht als Hochrisikosysteme einzustufen sind.

Die erzielte vorläufige Einigung muss vor der Verabschiedung vom Rat und vom Europäischen Parlament gebilligt und anschließend von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeitet werden.

[Pressemitteilung](#)

KI in der Bildung: Rat fordert auf den Menschen ausgerichteten Ansatz

Siehe unter [Bildung](#).

EP: Zustimmung zur Konvention gegen Cyberkriminalität

Siehe unter [Inneres](#).

KI: Rat und EP einigen sich vorläufig auf Vereinfachung der Vorschriften

Siehe unter [Digitalisierung](#).

Kommission will Buchung von Bahntickets vereinfachen

Siehe unter [Verbraucherschutz](#).

EU-USA-Handel: Einigung zur Umsetzung der Zollabsprache

Rat und Europäisches Parlament haben am 20. Mai 2026 eine vorläufige Einigung über zwei Verordnungen zur Umsetzung der zollbezogenen Teile der EU-USA-Erklärung vom 21. August 2025 erzielt. Die Einigung ist noch nicht final angenommen. Sie muss nach technischer Fertigstellung noch von Rat und Europäischem Parlament bestätigt und anschließend im Amtsblatt veröffentlicht werden.

Die erste Verordnung soll die noch bestehenden EU-Zölle auf US-Industriegüter abschaffen und für bestimmte US-Fischerei-, Meeresfrüchte- und nicht sensible Agrarprodukte Zollkontingente oder reduzierte Zölle vorsehen. Eine zweite Verordnung betrifft die Verlängerung der Zollaussetzung für Hummerimporte, auch rückwirkend ab dem 1. August 2025.

Politisch wichtig sind die eingebauten Schutzmechanismen. Die Kommission soll prüfen können, ob stark steigende US-Importe europäische Hersteller ernsthaft schädigen oder zu schädigen drohen. Dann kann die Anwendung der Regelung ganz oder teilweise ausgesetzt werden. Eine Aussetzung ist auch möglich, wenn die USA Zusagen aus der gemeinsamen Erklärung nicht einhalten oder EU-Unternehmen gezielt benachteiligen. Für Stahl- und Aluminiumderivate wurde eine separate Klausel aufgenommen. Wenn die USA bis zum 31. Dezember 2026 weiterhin Zölle über 15% erheben, kann die EU Zugeständnisse in diesem Bereich aussetzen.

Die Kommission muss die wirtschaftlichen Auswirkungen regelmäßig überwachen; eine umfassende Bewertung ist vor Ablauf der Regelung vorgesehen. Die Verordnungen sollen grundsätzlich Ende 2029 auslaufen, wenn sie nicht verlängert werden.

[Pressemitteilung](#)

EU-Mexiko-Abkommen: Rat autorisiert Unterzeichnung

Der Rat hat am 11. Mai 2026 die Unterzeichnung zweier Abkommen mit Mexiko autorisiert. Es geht um das modernisierte Globale Abkommen über politische, wirtschaftliche und Kooperationsfragen sowie um ein Interims-Handelsabkommen. Beide sollen den bisherigen Rahmen aus dem Jahr 2000 ersetzen.

Das Abkommen ist Teil der handelspolitischen Diversifizierung der EU. Gerade vor dem Hintergrund angespannter Handelsbeziehungen mit den USA versucht die EU, andere Partnerschaften zu vertiefen. Nach Angaben des Rates exportieren mehr als 45.000 EU-Unternehmen nach Mexiko, der überwiegende Teil davon kleine und mittlere Unternehmen. Das macht das Abkommen auch für die Wirtschaftspolitik interessant.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist der unmittelbare Effekt schwerer zu beziffern als bei EU-USA-Handel. Ein plausibler Bezug besteht aber für exportierende Unternehmen, für die Ernährungswirtschaft und für die Hafen- und Logistikstandorte, soweit Handelsströme mit Lateinamerika zunehmen.

Die politische Bedeutung ist dennoch hoch. Die EU-Mexiko-Partnerschaft verbindet Handel, Investitionen, politische Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung. Am 22. Mai 2026 fand zudem der 8. EU-Mexiko-Gipfel in Mexiko-Stadt statt, bei dem beide Seiten eine gemeinsame Erklärung annahmen.

[Pressemitteilung](#)

Kohäsionspolitik: Kommission bereitet „Right to Stay“-Strategie vor

Die Kommission hat am 5. Mai 2026 den Vorbereitungsprozess für eine „Right to Stay“-Strategie gestartet. Mit dem Vorhaben soll die Kohäsionspolitik stärker auf Regionen ausgerichtet werden, in denen Menschen wegen fehlender Arbeitsplätze, schlechter Erreichbarkeit, unzureichender öffentlicher Dienstleistungen oder mangelnder Perspektiven abwandern. Die Kommission versteht das „Recht zu bleiben“ nicht als Einschränkung der Freizügigkeit,

sondern als Ergänzung. Wer geht, soll dies aus freier Entscheidung tun und nicht, weil die Heimatregion keine tragfähigen Lebensbedingungen mehr bietet.

Der politische Prozess wurde mit einer Veranstaltung im Europäischen Parlament eröffnet. Daran nahmen unter anderem Vertreterinnen und Vertreter der EU-Institutionen, nationaler und regionaler Ebenen sowie der Zivilgesellschaft teil. Zudem hat die Kommission eine Sondierung gestartet, zu der Rückmeldungen bis zum 5. Juni 2026 möglich sind. Eine fertige Strategie oder ein Gesetzgebungsvorschlag liegen damit noch nicht vor.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist das Thema unmittelbar relevant. Es betrifft viele Fragen, die für ländliche Räume und strukturschwächere Regionen wichtig sind. Dazu zählen gute Arbeitsplätze, erreichbare Schulen und Gesundheitsversorgung, Mobilität, digitale Infrastruktur, Ausbildungsmöglichkeiten und die Attraktivität kleinerer Städte und Gemeinden. Die Strategie dürfte auch für die Debatte über die künftige Kohäsionspolitik nach 2027 bedeutsam werden. Gerade für Regionen, die auf EU-Strukturförderung angewiesen sind, ist wichtig, ob die Kommission das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse künftig stärker mit konkreten Förderinstrumenten unterlegt.

[Pressemitteilung](#)

Wasserstoff: EU fördert neue Projekte und genehmigt deutsche Beihilferegelung

Die Kommission hat am 6. Mai 2026 neun Projekte zur Produktion von erneuerbarem Wasserstoff im Rahmen der dritten Auktion der Europäischen Wasserstoffbank ausgewählt. Insgesamt sollen dafür mehr als 1 Mrd. € bereitgestellt werden. Die Mittel stammen aus dem Innovationsfonds, der aus Einnahmen des EU-Emissionshandels finanziert wird. Mit der Förderung sollen Projekte die Mehrkosten gegenüber fossilen Alternativen ausgleichen können.

Die Europäische Wasserstoffbank ist kein Kreditinstitut, sondern ein Fördermechanismus. Unternehmen bieten in Auktionen an, zu welchem Förderbetrag sie erneuerbaren Wasserstoff produzieren können. Die Kommission wählt anschließend die günstigsten förderfähigen Projekte aus. Damit soll ein europäischer Markt für erneuerbaren Wasserstoff entstehen, ohne dass jede einzelne Förderung vollständig national organisiert werden muss.

Zusätzlich hat die Kommission am 19. Mai 2026 eine deutsche Beihilferegelung über 1,3 Mrd. € zur Unterstützung erneuerbarer Wasserstoffproduktion genehmigt.

[Pressemitteilung](#)

Rat fordert nachhaltigere und wettbewerbsfähigere Tourismuspolitik

Der Rat hat am 28. Mai 2026 Schlussfolgerungen für einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Tourismussektor angenommen. Damit setzt er politische Leitlinien für die künftige EU-Strategie für nachhaltigen Tourismus, die die Kommission vorbereiten soll. Ein Gesetzgebungsvorschlag ist damit nicht verbunden; die Schlussfolgerungen sind politisch, aber rechtlich nicht verbindlich.

Der Rat verweist auf die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in Europa. Der Sektor steht nach Ratsangaben für rund 7% der Bruttowertschöpfung der EU, rund 10% der Arbeitsplätze und etwa 4,6 Mio. Unternehmen. Der Rat will wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele stärker miteinander verbinden. Genannt werden unter anderem Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft, Dekarbonisierung, Natur- und Kulturerbeschutz, Digitalisierung, Daten und künstliche Intelligenz, Qualifizierung und gute Arbeitsbedingungen sowie bessere Krisenvorsorge.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist das Thema unmittelbar relevant. Tourismus ist mit ca. 10% Anteil am Primäreinkommen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor des Landes, steht aber unter Druck durch Fachkräftemangel, Saisonabhängigkeit, steigende Kosten, Verkehrsanbindung, Klimafolgen und Nutzungskonflikte in stark frequentierten Regionen. Besonders anschlussfähig ist die Forderung des Rates nach einem ausgewogenen Tourismus, der sowohl überlastete Reiseziele entlastet als auch weniger bekannte, ländliche oder periphere Regionen entwickelt. Auch die im Ratstext betonte ganzjährige, bezahlbare und nachhaltige Erreichbarkeit ist für MV von Bedeutung. Die Schlussfolgerungen geben Hinweise darauf, welche Themen in der kommenden EU-Tourismusstrategie voraussichtlich eine Rolle spielen werden.

[Pressemitteilung](#)

[Hintergrundseite des Rates zum Tourismus](#)

Start-ups und Scale-ups: Kommission veröffentlicht Scoreboard für Gründungsökosysteme

Die Kommission hat am 29. Mai 2026 ein neues europäisches Start-up- und Scale-up-Scoreboard veröffentlicht. Es soll vergleichbar machen, wie gut die Mitgliedstaaten technologieorientierte Gründungen und schnell wachsende Unternehmen unterstützen. Bewertet werden 36 Indikatoren in sechs Bereichen (Regulierung, Finanzierung, Marktzugang, Talente, Infrastruktur und Wirkung).

Das Scoreboard ist kein Förderprogramm und kein Gesetzgebungsvorschlag, sondern ein Instrument zur politischen Steuerung. Die Kommission will damit besser erkennen, wo Gründungen in Europa auf Hindernisse stoßen und welche Mitgliedstaaten besonders günstige Rahmenbedingungen bieten. Hintergrund ist die bekannte Schwäche Europas, aus guter Forschung in ausreichendem Umfang global wettbewerbsfähige Unternehmen entstehen zu lassen. Start-ups und Scale-ups gelten daher als wichtiger Teil der europäischen Wettbewerbsfähigkeitsagenda.

[Pressemitteilung](#)

6. Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume, Umwelt

Rat (Landwirtschaft und Fischerei) zu Düngemittel und Handel

Am 26. Mai 2026 tagte der Rat (Landwirtschaft und Fischerei). Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Kosten für landwirtschaftliche Betriebsmittel und handelsbezogene landwirtschaftliche Fragen.

Die Kommission stellte einen [Aktionsplan](#) vor, um den derzeit hohen Kosten für landwirtschaftliche Betriebsmittel – insbesondere Düngemittel – zu begegnen und gleichzeitig kurzfristig die Ernährungssicherheit der Union zu gewährleisten. Die Ministerin und Minister begrüßten insbesondere die mittel- und kurzfristigen Lösungen. Zwar würdigten sie die positiven Auswirkungen der vorübergehenden Aussetzung von Zöllen auf bestimmte Düngemittel, hoben jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit hervor, unverzügliche Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirte zu ergreifen, einen strategischeren Ansatz zu verfolgen und die Entwicklungen auf dem Düngemittelmarkt kontinuierlich zu beobachten. Zudem bekräftigten sie die Bedeutung einer starken und widerstandsfähigen Gemeinsamen Agrarpolitik.

Die Ministerinnen und Minister tauschten ihre Ansichten zu den Handelsbeziehungen mit Drittländern aus, einschließlich möglicher künftiger Handelsabkommen. Unter Verweis auf die WTO-Regeln und beiderseitig anerkannte bilaterale Abkommen bekräftigte der Vorsitz die Bedeutung der Förderung einer Diversifizierung der Handelsbeziehungen mit Drittländern. Als einer der weltweit größten Exporteure und Importeure von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen spielt die EU eine zentrale Rolle auf den globalen Agrarmärkten. Seit 2002 haben kontinuierliche politische Anstrengungen und Reformen den Handelsüberschuss der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich etwa vervierfacht, wodurch sie in den meisten Kategorien von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen zu einem Nettoexporteur aufgestiegen ist.

[Pressemitteilung](#)

Rat: Vereinfachung bei Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit

Der Rat hat am 27. Mai 2026 seinen Standpunkt zu einem Teil des sogenannten Legislativpakets „Omnibus X“ im Rahmen der Vereinfachungsagenda der EU festgelegt. Das Verhandlungsmandat des Rates gegenüber dem Europäischen Parlament betrifft insbesondere Vorschriften über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden, Aufzeichnungen im Zusammenhang mit der Tierhaltung sowie die Verwendung von Kunststoffen in der Lebensmittelindustrie.

Mit diesem „Omnibus X“ sollen Vorschriften und Verfahren in der gesamten EU-Gesetzgebung vereinfacht werden – von Pflanzenschutzmitteln und Biozidprodukten bis hin zu Futtermitteln, amtlichen Kontrollen sowie der Tiergesundheit und dem Tierschutz. Das Paket zielt darauf ab, unnötige Verwaltungskosten und -lasten abzubauen und dabei die sehr hohen EU-Standards für die Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit sowie für den Schutz der menschlichen und tierischen Gesundheit und den Umweltschutz aufrechtzuerhalten.

Die Präsidentschaft des Rates will die Arbeit am letzten verbleibenden Vorschlag des Pakets fortsetzen und dabei eine rasche Einigung auf ein umfassendes Ratsmandat für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament anstreben.

[Pressemitteilung](#)

Bericht und Rechtsakte zur Entwaldungsverordnung

Die Kommission hat am 4. Mai 2026 einen Bericht über die Vereinfachung der überarbeiteten EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) und eine Reihe weiterer Maßnahmen veröffentlicht. Sie sollen eine reibungslose und wirksame Umsetzung der EUDR gewährleisten, nachdem das Europäische Parlament und die EU-Staaten sich im vergangenen Dezember auf eine Überarbeitung der Verordnung geeinigt hatten. Zu den Maßnahmen gehören ein [Bericht](#) an das Europäische Parlament und den Rat, ein [aktualisierter Leitfaden und häufig gestellte Fragen](#) sowie ein [Entwurf eines delegierten Rechtsakts](#) zum Produktumfang der [EU-Entwaldungsverordnung](#). Darüber hinaus legt die Kommission den Mitgliedstaaten einen aktualisierten Durchführungsrechtsakt zum Informationssystem vor.

Der [Entwurf eines delegierten Rechtsakts](#) enthält gezielte Änderungen des **Anwendungsbereichs der EUDR-Produktlinie**. Sie aktualisiert den Entwurf des delegierten Rechtsakts des letzten Jahres und berücksichtigt die Rückmeldungen der Interessenträger während der Konsultationsphase. Der Entwurf enthält vorgeschlagene Ergänzungen bestimmter nachgelagerter Produkte wie löslicher Kaffee und bestimmte Palmölderivate. Ferner werden mehrere Ausnahmen vom Anwendungsbereich vorgeschlagen, z. B. Leder oder runderneuerte Reifen, sowie Ausnahmen wie Produktmuster, bestimmte Verpackungsmaterialien, gebrauchte und gebrauchte Produkte und Abfälle. Der Entwurf des delegierten Rechtsakts steht der Öffentlichkeit bis zum 1. Juni 2026 zur Stellungnahme offen.

Der aktualisierte Entwurf eines Durchführungsrechtsakts über das Informationssystem wird nun den Mitgliedstaaten vor seiner Annahme vorgelegt. Zu den wichtigsten Entwicklungen gehören:

- ein vereinfachtes Anmeldeformular für Kleinst- und kleine Primärunternehmer, das an das bestehende Format der Sorgfaltserklärung angepasst ist;
- aktualisierte Spezifikationen für die automatisierten Anwendungsschnittstellen;
- einen Notfallplan für ungeplante Nichtverfügbarkeit;
- und eine freiwillige Gruppierungsfunktion, die als Reaktion auf Anfragen aus der Wirtschaft eingeführt wurde.

[Pressemitteilung](#)

Aktionsplan zur Sicherung der Düngemittelversorgung und Ernährungssicherheit

Die Kommission hat am 19. Mai 2026 einen Düngemittel-Aktionsplan verabschiedet. Der Plan soll dazu beitragen, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und die strategische Autonomie Europas zu stärken, während gleichzeitig hohe Klima- und Umweltziele verfolgt werden.

Die jüngsten Versorgungsengpässe und Preisschwankungen haben Landwirte in ganz Europa unter zunehmenden Druck gesetzt und Europas Anfälligkeit gegenüber externen Schocks bei der Düngemittelversorgung offenbart. Aufbauend auf der 2022 verabschiedeten [Mitteilung zu Düngemitteln](#) kombiniert der Aktionsplan für Düngemittel sofortige Unterstützungsmaßnahmen, die auf die Erschwinglichkeit und Versorgungssicherheit abzielen, mit längerfristigen Maßnahmen zur Stärkung der heimischen Düngemittelproduktion, zur Verbesserung der Versorgungssicherheit und zur Beschleunigung des Übergangs zu biobasierten, kohlenstoffarmen und kreislauffähigen Düngemitteln.

Der Aktionsplan soll:

- Landwirte unterstützen und ihren Zugang zu Düngemitteln verbessern.
- Die heimische Produktion stärken, die Kreislaufwirtschaft fördern und die Dekarbonisierung vorantreiben.
- Die Markttransparenz und die Vorsorge stärken sowie den Dialog zwischen den Interessengruppen verbessern.

[Pressemitteilung](#)

Rat nimmt neuen Rechtsakt zur Straffung der Vorschriften für Biozide an

Der Rat hat am 11. Mai 2026 mit der Verlängerung bestimmter Datenschutzfristen endgültig grünes Licht für neue Vorschriften über Biozide gegeben. Die neue Verordnung ist Teil des sogenannten „Omnibus X“-Gesetzgebungspakets im Rahmen der Vereinfachungsagenda der EU. Mit dem Paket sollen die Verwaltungskosten und der Verwaltungsaufwand verringert und gleichzeitig die sehr strengen Anforderungen der EU in Bezug auf Lebens- und Futtermittelsicherheit, Gesundheit und Umweltschutz beibehalten werden.

Die neue Verordnung zielt darauf ab, das Funktionieren des Marktes für Biozidprodukte in der EU zu verbessern und gleichzeitig ein hohes Schutzniveau für Mensch und Umwelt zu gewährleisten. Biozidprodukte werden verwendet, um Menschen, Tiere, Materialien oder Waren durch die in dem Produkt enthaltenen Wirkstoffe vor Schadorganismen wie Schädlingen oder Bakterien zu schützen.

Aufgrund von Verzögerungen bei der Überprüfung alter Wirkstoffe in Biozidprodukten lief die Schutzfrist für die generierten Daten am 31. Dezember 2025 ab. Um einen gerechten Ausgleich für die Dateneigner zu gewährleisten, hatte die Kommission vorgeschlagen, die Datenschutzfrist an die Laufzeit des verlängerten Überprüfungsprogramms anzugleichen und bis zum 31. Dezember 2030 zu verlängern.

Der Gesetzgebungsakt wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und tritt am zwanzigsten Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

[Pressemitteilung](#)

Position des Rates für aktualisierte Vorschriften im Ökolandbau

Am 11. Mai 2026 haben sich die Mitgliedstaaten im Sonderausschuss Landwirtschaft auf eine Verhandlungsposition zur Aktualisierung der EU-Vorschriften für die ökologische Erzeugung und Kennzeichnung geeinigt. Ziel ist es, die Vorschriften leichter anwendbar und verständlicher zu gestalten sowie das weitere Wachstum des ökologischen Sektors in ganz Europa zu fördern.

Die vorgeschlagenen Aktualisierungen konzentrieren sich auf ausgewählte Bereiche des bestehenden Rahmens, wobei die EU-Standards für Bio-Produkte gewahrt bleiben sollen. Auf diese Weise hofft der Rat, das Vertrauen der Verbraucher in das EU-Bio-Siegel zu erhalten, den Verwaltungsaufwand für Landwirte, Unternehmen und nationale Behörden zu verringern sowie die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit des ökologischen Sektors zu stärken. Der Rat strebt u.a. eine Vereinfachung der Vorschriften für kleine Betriebe an, einschließlich Ausnahmen von der Zertifizierungspflicht und Anpassungen der Umsatzschwellenwerte.

Die Verhandlungen zwischen der Ratspräsidentschaft und dem Europäischen Parlament sollen so bald wie möglich aufgenommen werden. Die derzeitige Vereinbarung läuft am 31. Dezember 2026 aus.

[Pressemitteilung](#)

Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und die EU-Habitatrichtlinie

Die Kommission will die EU-Vogelschutzrichtlinie und die EU-Habitatrichtlinie überprüfen. Sie hat dazu eine öffentliche [Konsultation](#) eröffnet und bittet Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenträger ihre Sichtweisen zur Funktionsweise der EU-Naturschutzrichtlinien bis zum 4. August zu teilen. Die Beiträge fließen in die Bewertung der beiden Richtlinien ein, die Vögel und Lebensräume in der EU schützen und internationale Verpflichtungen umsetzen. Die Überprüfung ist Teil der umfassenderen Vereinfachungsinitiative der Kommission, mit der die Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt und gleichzeitig die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Ziele weiterhin gewahrt werden sollen.

[Pressemitteilung](#)

EP stimmt für Stärkung der innereuropäischen Forstwirtschaft

Das Europäische Parlament hat am 19. Mai 2026 über die Verordnung für neue Vorschriften zur Verbesserung der Qualität, Verfügbarkeit und Rückverfolgbarkeit von forstlichem Vermehrungsgut (FVG) abgestimmt. Nach dem Rat hat nun das Europäische Parlament die neuen Regeln verabschiedet, die unter anderem eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten für die Versorgung von Grenzüberschreitenden Gebieten vorsieht, sowie eine verstärkte Kontrolle von FVG durch die nationalen Behörden. Die Verordnung soll gleichzeitig Innovation und Wettbewerbsfähigkeit im Saatgutssektor der EU fördern.

Forstliches Vermehrungsgut, also Samen und Pflanzen, werden für die Waldaufforstung genutzt. Die Verordnung soll nun sicherstellen, dass nur zugelassene und zertifizierte Samen und Pflanzen in der EU verbreitet werden. Damit soll die Rückverfolgbarkeit von qualitativ hochwertigem FVG gesichert werden, um somit die Widerstandsfähigkeit der Wälder in Europa zu verbessern. Außerdem soll die Verfügbarkeit der forstwirtschaftlichen Ressourcen für zukünftige Herausforderungen durch den Klimawandel sichergestellt werden und Hindernisse für deren Handel innerhalb des EU-Binnenmarktes abgeschafft werden.

[Pressemitteilung](#)

Empfehlung des EP: Fischereien haben Nutzungsvorrecht auf dem Meer

Am 20. Mai 2026 hat sich das Europäische Parlament auf eine Empfehlung für die maritime Raumplanung geeinigt. Fischereien und Aquakulturen sollen durch für sie reservierte Zonen im maritimen Raum besser geschützt werden. Der maritime Raum werde viel genutzt und es entstehen Konflikte, verstärkt durch unterschiedliche Umsetzungen der EU-Richtlinien über die maritime Raumordnung. Laut den Empfehlungen des Europäischen Parlaments sollen die Fischereien nun als vorrangige Nutzer des maritimen Raumes gelten. Bevor ein Gebiet z.B. für Windparkprojekte ausgewiesen wird, sollte – unter Einbeziehung der Fischer – eine Untersuchung der sozioökonomischen Auswirkungen auf Fischerei und Aquakultur durchgeführt werden. Für Kleinfischereien soll es extra geschützte Flächen geben. Dies soll zur Souveränität und Sicherheit der EU-Nahrungsmittel beitragen und eine wichtige Beschäftigungsquelle in den EU-Küstengemeinden darstellen.

Ebenso möchte das Europäische Parlament eine gemeinsame Aquapolitik fördern, um Aquakulturen besser in die maritime Raumplanung zu integrieren. Darüber hinaus fordern sie ausgewiesene Bereiche für die Entwicklung einer nachhaltigen Aquakultur. Zur Bekämpfung des Klimawandels und um gegen weitere Probleme im Meer vorzugehen, wie Küstenerosion, steigende Wassertemperaturen, invasive Arten, Versauerung der Ozeane oder Umweltverschmutzung, schlägt das Europäische Parlament eine bessere grenzüberschreitende Planung und Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Küstenländern vor. Dafür empfehlen die Abgeordneten einen EU-Plan für Küstenresilienz.

[Pressemitteilung](#)

EP warnt vor schlechtem Zustand der Ostsee

Am 21. Mai 2026 hat das Europäische Parlament einen Bericht angenommen, in dem es zu dringenden Maßnahmen zum Schutz der Ostsee und der Fischbestände aufruft. Laut dem Europäischen Parlament werden die Ziele des mehrjährigen Bewirtschaftungsplans der Kommission für die Ostsee nicht erreicht. Die Situation in der Ostsee hat sich in den letzten Jahrzehnten verschlechtert und steht vor großen ökologischen Herausforderungen, wie der Erwärmung des Meeres, der Senkung des Salzgehalts, der Eutrophierung (übermäßige Nährstoffeinträge, die hauptsächlich aus der Landwirtschaft und dem Abwasser stammen) und invasiven Arten.

Die Abgeordneten fordern eine Überarbeitung des Bewirtschaftungsplans, mit Hinweis darauf, dass das Ökosystem der Ostsee stärker geschützt werden müsse. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten sich für die Wiederherstellung und den Wiederaufbau von Fischbeständen einsetzen.

Für überfischte Fischbestände solle die Fischerei gezielt ausgesetzt werden, damit die Bestände sich erholen können. Dafür fordert das Europäische Parlament eine bessere wissenschaftliche Datenbasis, wie zum Beispiel eine umfassende genetische Populationskartierung von in der Ostsee bestimmter kommerziell ausgebeuteter Arten wie Hering und Sprotte. Das Europäische Parlament empfiehlt, die Benutzung von Schleppnetzen für den Fischfang in Meeresschutzgebieten einzustellen und verurteilt die intensive Ausnutzung der Fischbestände von Seiten Russlands.

[Pressemitteilung](#)

7. Bildung, Jugend

KI in der Bildung: Rat fordert auf den Menschen ausgerichteten Ansatz

Am 11. Mai 2026 hat der Rat in seinen Schlussfolgerungen gefordert, dass beim Einsatz von KI Lehrkräfte weiterhin im Mittelpunkt des Lernprozesses stehen.

In den vom Rat angenommenen Schlussfolgerungen wird ein ethischer, sicherer und auf den Menschen ausgerichteter Ansatz für den KI-Bereich in der Bildung gefordert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Stärkung digitaler Fähigkeiten und der KI-Kompetenz, der Gewährleistung von Inklusion und Fairness sowie darauf, dass Lehrkräfte in die Lage versetzt werden, damit umzugehen, und dass das Wohlbefinden von Lehrkräften und Lernenden

unterstützt wird. Dies ist das erste Mal, dass die Beziehung zwischen dem KI-Bereich und der Lehre im Bereich der Bildungspolitik erörtert wird.

Der Rat fordert die nationalen Regierungen auf, die Kompetenzen von Lehrkräften im KI- und im digitalen Bereich zu stärken, die Entwicklung und Nutzung bildungsspezifischer KI-Instrumente zu fördern, gegen den ungleichen Zugang zu digitalen Ressourcen vorzugehen und sicherzustellen, dass durch KI die Autonomie und nachhaltigen Arbeitsbedingungen von Lehrkräften gestärkt und nicht untergraben werden. Der Rat stellt fest, dass auch die Kommission Lehrkräfte im KI-Zeitalter unterstützen kann, unter anderem durch die Stärkung der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie dem Europarat, die Erleichterung der Forschung und des Austauschs von Erkenntnissen, die Bereitstellung von Leitlinien über die ethische Nutzung von KI und die Einbeziehung von Lehrkräften in die Gestaltung von Initiativen auf EU-Ebene.

[Pressemitteilung](#)

Erasmus+ 2028-2034: Rat legt Verhandlungsposition fest

Siehe [Kapitel 8](#).

8. Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten

Aktionsplan für regionale Forschung und Innovation

Die Kommission und der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) haben am 24. April 2026 einen gemeinsamen Aktionsplan (in englischer Sprache) zur Stärkung der Rolle der Städte und Regionen in Forschung und Innovation unterzeichnet.

Die Kommission und der Europäische Ausschuss der Regionen wollen gemeinsam die regionale und lokale Dimension der EU-Politiken und -Initiativen im Bereich Forschung und Entwicklung stärken sowie den Austausch von Fachwissen und Daten zwischen beiden Organen erleichtern.

Der gemeinsame Aktionsplan enthält vier konkrete Prioritäten zur Förderung von Innovation, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit in den europäischen Städten und Regionen:

- 1. Aufbau starker lokaler und regionaler Innovationsökosysteme:** Unterstützung der Umsetzung des Europäischen Forschungsraums und Sicherstellung des Wissenstransfers und der Verwertung von Konzeptforschung in Innovationsergebnisse. Dazu gehört auch, die Gewinnung und Bindung von Talenten sicherzustellen.
- 2. Erleichterung der grünen und digitalen Transformation** durch Unterstützung nachhaltiger und inklusiver Innovation auf lokaler Ebene
- 3. Sensibilisierung und Verbreitung von Informationen über Fördermöglichkeiten** und die Ergebnisse der Rahmenprogramme für Forschung und Innovation sowie Schaffung von Synergien zwischen den Fördermitteln und Austausch bewährter Verfahren (einschließlich Vereinfachung) in den Bereichen Forschung und Innovation
- 4. Förderung einer faktengestützten Politikgestaltung in den Regionen**, einschließlich territorialer Vorausschau und Resilienz

Ein Paket von elf Maßnahmen soll bis zum Ende des Mandats der Kommission 2024-2029 umgesetzt werden. Dabei ist der gemeinsame Aktionsplan als flexible Form der Zusammenarbeit konzipiert, sodass Maßnahmen je nach sich ergebenden Prioritäten und Erfordernissen angepasst werden können.

Zu den elf Maßnahmen gehören u. a. die Fortführung der Plattform für den Wissensaustausch (KEP 2.0) und die Sicherstellung der Einbindung von AdR-Vertretern in die Gestaltung und Umsetzung des Europäischen Forschungsraums, u. a. die Teilnahme als Beobachter am ERA-Forum und den entsprechenden Untergruppen. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit mit den fünf Missionen von „Horizont Europa“ und den damit verbundenen EU-Leitinitiativen im Bereich Forschung und Innovation unter Einbeziehung einer regionalen und lokalen Perspektive gestärkt werden. Auch die Kooperationsvereinbarung im Rahmen der EU-Partnerschaft „2Zero“ zur Beschleunigung des Übergangs zu einem klimaneutralen europäischen Straßenverkehrssystem bis 2050 soll ausgeweitet werden. Zudem soll die Roadmap für den städtischen Einsatz kooperativer, vernetzter und automatisierter Mobilität (CCAM) umgesetzt werden. Die Roadmap zielt darauf ab, zu definieren, was erforderlich ist, um von Forschung und Pilotprojekten zu einer groß angelegten CCAM-Einführung in Städten und Regionen überzugehen.

[Gemeinsamer Aktionsplan](#)

Erasmus+ 2028-2034: Rat legt Verhandlungsposition fest

Am 11. Mai 2026 hat der Rat seinen Standpunkt zur zukünftigen Erasmus+ Verordnung für den Zeitraum von 2028 bis 2034 festgelegt. Dies dient als Grundlage für weitere Verhandlungen über das Erasmus+ Programm mit dem Europäischen Parlament. Erasmus+ ist das Programm der EU für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Erasmus+ bietet Teilnehmenden, darunter vor allem junge Menschen, europaweit und darüber hinaus Unterstützung für ihre berufliche Bildung. Am 16. Juli 2025 veröffentlichte die Kommission im Rahmen des Pakets zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ihren Vorschlag für das Erasmus+ Programm ab 2028, demnach soll das Erasmus+ Programm mit dem Europäischen Solidaritätskorps zusammengelegt werden.

Der Rat fordert unter anderem die weitere Einbeziehung des derzeit schon bestehenden Programmausschusses, durch den die Mitgliedsstaaten Kontrolle über die Verwaltung des Programms erhalten. Zudem hat der Rat einen Verweis auf die Freiwilligentätigkeiten des Europäischen Solidaritätskorps hinzugefügt, einschließlich jener des Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe. Zusätzlich fordert der Rat, dass auch zukünftig der Jugendaustausch sowie die Lernmobilität von im Breitensport tätigen Personen durch Erasmus+ unterstützt werden. Die Kommission legte bereits den Grundstein für die Assoziierung von Nicht-EU-Ländern an das Erasmus+

Programm. Der Rat erläutert nun die Bedingungen für eine Assoziierung, wie zum Beispiel die Achtung der Werte der EU.

Die Verhandlungsposition ist partiell, da finanzielle und horizontale Fragen nicht behandelt wurden. Diese Fragen werden derzeit im Rahmen der Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2028 bis 2034 erörtert.

[Pressemitteilung](#)

AgoraEU: Rat einigt sich auf partielles Mandat (Teil des MFR)

Siehe unter [Medien](#).

Wissenschaftsdiplomatie: Rat setzt neuen Rahmen für internationale Forschungskooperation

Der Rat hat am 29. Mai 2026 eine Empfehlung für einen neuen EU-Rahmen zur Wissenschaftsdiplomatie angenommen. Wissenschaftsdiplomatie meint die Nutzung wissenschaftlicher Zusammenarbeit für außenpolitische Ziele und umgekehrt die Berücksichtigung außen- und sicherheitspolitischer Fragen in Forschung und Innovation. Die Empfehlung ist rechtlich nicht verbindlich. Sie soll aber den Rahmen dafür setzen, wie die EU und die Mitgliedstaaten internationale Forschungskooperation künftig strategischer und zugleich sicherer gestalten.

Hintergrund ist ein schwierigeres geopolitisches Umfeld. Forschung und Technologie werden stärker als Frage wirtschaftlicher Stärke, sicherheitspolitischer Resilienz und internationaler Abhängigkeiten verstanden. Der Rat betont deshalb offene internationale Kooperation, aber auch Risikobewertung in sensiblen Feldern. Genannt werden unter anderem künstliche Intelligenz und Quantentechnologien. Auch sollen Partnerschaften mit dem globalen Süden gestärkt werden. Die Empfehlung baut auf einem Kommissionsvorschlag vom 27. Februar 2026 auf.

Internationale Kooperationen sind für Wissenschaft und Innovation unverzichtbar. Darüber hinaus müssen Hochschulen und Forschungseinrichtungen Fragen von Forschungssicherheit, Technologietransfer, Datenschutz, Exportkontrolle und strategischen Abhängigkeiten stärker beachten. Die Ratsempfehlung steht zudem im Zusammenhang mit der Debatte über das nächste Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe 2028-2034.

[Pressemitteilung](#)

Start-ups und Scale-ups: Kommission veröffentlicht Scoreboard für Gründungsökosysteme

Siehe [Kapitel 5](#).

Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ (Sport)

Der Sportministerrat hat am 12. Mai 2026 Schlussfolgerungen zu Sporttourismus als Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung gebilligt. In den Schlussfolgerungen werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, bei der Entwicklung des Sporttourismus einen strategischen Ansatz zu verfolgen, Initiativen zum Kapazitätsaufbau und digitale Innovation zu finanzieren und ökologisch verantwortungsvolle Verfahren bei der Organisation und Durchführung von Tätigkeiten des Sporttourismus zu fördern.

Die Minister und Ministerinnen haben über den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine gesprochen. Obwohl es keine politischen Änderungen an der Kriegssituation zwischen Russland und der Ukraine gibt, kehrt Russland langsam in den Sport zurück und die Teilnahme russischer Sportler und Sportlerinnen wird immer mehr normalisiert. Das IOC hat es Teilnehmenden aus Belarus bei den Paralympischen Winterspielen 2026 erlaubt, unter russischer Flagge anzutreten und die russische Hymne zu spielen. Das IOC sieht Sport als einen Safe-Space und empfiehlt eine komplette Aufhebung der Sanktionen gegen Belarus im Sportbereich, um niemanden auszuschließen. Der Sportministerrat war sich einig, diese Entscheidung nicht mitzutragen. Die Minister und Ministerinnen sind der Meinung, dass im Sport kein Platz für ein kriegstreibendes Land ist, dass durch seine Angriffe auf die Ukraine die ukrainischen Sportler und Sportlerinnen vom Training abhält und durch seine Soft-Power Kriegspropaganda verbreitet.

Die Niederlande haben langfristigen Hirnschäden im Sport auf die Tagesordnung gesetzt. Besonders im Fußball erkrankten Sportler und Sportlerinnen durch die wiederholte Annahme des Balles mit dem Kopf langfristig an Demenz oder Parkinson. Die Niederlande schlagen eine gemeinsame Studie und langfristige europäische Zusammenarbeit vor, um die Schäden zu verhindern.

Auch gab es einen Austausch mit zwei Gastsprechern zum Thema Geistige Gesundheit im Spitzensport. Die Sportler und Sportlerinnen müssen mit enormem Druck, schwierigen Jobaussichten nach der Karriere und den Trainern umgehen. Um das Umfeld im Profisport angenehmer zu gestalten, müssen sowohl lokale, regionale, nationale als auch europäische Systeme Verantwortung übernehmen. Das systematische Auffangsystem soll durch Anlaufstellen bei Missbrauch und Schutzvorschriften verbessert werden.

Irland hat seine kommende Ratspräsidentschaft vorgestellt. Die Iren sind ambitioniert, wollen viele Treffen organisieren und dabei den Fokus auf europäisches Kulturgut und traditionelle Sportprogramme legen.

[Pressemitteilung](#)

Kritische Arzneimittel: Vorläufige Einigung erzielt

Rat und Europäisches Parlament haben am 12. Mai 2026 eine vorläufige Einigung über den Critical Medicines Act erzielt. Die Verordnung soll die Versorgung mit wichtigen Arzneimitteln in der EU besser absichern. Gemeint sind z.B. Antibiotika, Insulin und Schmerzmittel, bei denen es in den vergangenen Jahren immer wieder Engpässe gegeben hat.

Der neue Rechtsakt setzt vor allem bei Lieferketten, Beschaffung und Produktion an. Öffentliche Auftraggeber sollen bei der Beschaffung kritischer Arzneimittel künftig Anforderungen an die Versorgungssicherheit berücksichtigen. Außerdem sollen Mitgliedstaaten Arzneimittel gemeinsam beschaffen können. Dafür wurde die Schwelle abgesenkt, denn künftig sollen nur noch fünf Mitgliedstaaten ausreichen, um die Kommission mit einer gemeinsamen Beschaffung zu beauftragen. Die Einigung enthält außerdem Regeln zu Vorräten. Nationale Lageranforderungen sollen transparenter sein und den Binnenmarkt nicht beeinträchtigen. Informationen über Vorräte sollen besser zwischen den Mitgliedstaaten geteilt werden.

Der Anwendungsbereich wurde gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag erweitert. Bestimmte Arzneimittel gegen seltene schwere Erkrankungen können unter anderem bei strategischen Projekten und gemeinsamer Beschaffung einbezogen werden. Die Einigung ist noch nicht geltendes Recht. Rat und Europäisches Parlament müssen sie nach juristisch-sprachlicher Überarbeitung noch formal annehmen.

[Pressemitteilung](#)

Europäisches Parlament fordert Aufwertung der Pflege und Sorgearbeit

Das Europäische Parlament hat am 21. Mai 2026 Empfehlungen zur Verringerung der geschlechterbezogenen Pflegelücke angenommen. Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass die Nachfrage nach Pflegeleistungen wegen des demografischen Wandels steigt, Pflegearbeit aber weiterhin überwiegend von Frauen geleistet wird. Das gilt für berufliche Pflege ebenso wie für unbezahlte Sorgearbeit in Familien.

Das Europäische Parlament fordert unter anderem einen europäischen Status für Pflegepersonen. Zudem sprechen sich die Abgeordneten für bessere Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung, flexible Arbeitszeiten, Elternzeitregelungen, psychosoziale Unterstützung und mehr Investitionen in gemeindenahe Dienste aus.

Der Bericht ist kein Gesetzgebungsvorschlag. Er erhöht aber den politischen Druck auf Kommission und Mitgliedstaaten, die europäische Pflegestrategie weiterzuentwickeln. Das Europäische Parlament begrüßt ausdrücklich, dass die Kommission für 2027 einen europäischen „Care Deal“ angekündigt hat.

[Pressemitteilung](#)

Kommission legt Paket gegen Armut und für Menschen mit Behinderungen vor

Die Kommission hat am 5. Mai 2026 ein sozialpolitisches Paket zur Bekämpfung von Armut und zur Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen vorgestellt. Es enthält erstmals eine EU-Strategie gegen Armut, einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung gegen Wohnungslosigkeit und Wohnungsausschluss, eine Mitteilung zur Stärkung der Europäischen Garantie für Kinder sowie eine Mitteilung zur Weiterentwicklung der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen bis 2030.

Die neue Armutsstrategie soll dazu beitragen, das bereits bestehende EU-Ziel zu erreichen, die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen bis 2030 um mindestens 15 Mio. zu verringern, darunter mindestens 5 Mio. Kinder. Schwerpunkte sind gute Arbeit, Zugang zu hochwertigen Diensten, ausreichende Einkommensunterstützung und ein stärker koordiniertes Vorgehen gegen Armut. Ein besonderer Akzent liegt auf Wohnen. Die vorgeschlagene Ratsempfehlung soll die Mitgliedstaaten stärker auf Prävention, stabile Wohnlösungen, sozialen und bezahlbaren Wohnraum sowie begleitende Unterstützung ausrichten. Die Kommission will außerdem die Europäische Garantie für Kinder stärken. Sie soll gefährdeten Kindern besseren Zugang zu Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Ernährung und angemessenem Wohnraum sichern. Bei Menschen mit Behinderungen setzt die Kommission unter anderem auf die Umsetzung des Europäischen Behindertenausweises und des Europäischen Parkausweises, bessere Barrierefreiheit im Verkehr, inklusive Bildung und Beschäftigung sowie Unterstützung für selbstbestimmtes Leben.

[Pressemitteilung](#)

Kommission fordert Deutschland auf, Regeln im Medizinbereich umzusetzen

Die Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, indem sie Deutschland, sowie sieben weitere Länder am 28. Mai 2026 Aufforderungsschreiben übermittelt hat. Sie fordert die Mitgliedsstaaten dazu auf, die neuen Richtlinien zur Ausbildung im Medizinbereich umzusetzen. Dazu gehört die Ausbildung von Krankenpflegerinnen und -pflegern, von Zahnärztinnen und Zahnärzten sowie von Apothekerinnen und Apothekern. Die Umsetzungsfrist für die neuen Regelungen über die Anerkennung von Berufsqualifikationen endete am 4. März 2026.

Mit den neuen Regelungen der [Richtlinie \(EU\) 2024/782](#) werden die Mindestanforderungen der Ausbildung in den genannten Berufen aktualisiert, um sie an den allgemein anerkannten wissenschaftlichen und technischen Fortschritt anzupassen. Anforderungen in den Bereichen elektronische Gesundheitsdienste, digitale Technologien, Immunologie, regenerative Medizin, Zahnheilkunde, Biopharmazie, Biotechnologie, Genetik und Pharmakogenomik sollen aktualisiert oder neu eingeführt werden.

Neben Deutschland hätten es Dänemark, Griechenland, Kroatien, Zypern, Malta, Österreich und Portugal bisher versäumt, der Kommission ihre Maßnahmen zur vollständigen Umsetzung der neuen Vorschriften in ihr nationales Recht mitzuteilen. Sie haben nun zwei Monate Zeit, um auf das Aufforderungsschreiben der Kommission zu reagieren, die Umsetzung der Richtlinie abzuschließen und der Kommission die entsprechenden Maßnahmen mitzuteilen. Ansonsten kann die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren weiterführen.

[Pressemitteilung](#)

AgoraEU: Rat einigt sich auf partielles Mandat (Teil des MFR)

Der Rat hat sich auf seinen Standpunkt am 12. Mai 2026 zu den wichtigsten Bestandteilen des neuen Programms AgoraEU zur Unterstützung von Kultur, Medien und Zivilgesellschaft in Europa geeinigt. Dieses Programm wird Teil des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für den Zeitraum 2028 bis 2034 sein.

Das Programm AgoraEU zielt darauf ab, gemeinsame Werte wie Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Es wird die kulturelle Vielfalt Europas und seinen Kultur- und Kreativsektor, einschließlich des audiovisuellen Sektors und der Nachrichtenmedien, unterstützen sowie die Kunst- und Medienfreiheit schützen und die aktive Bürgerschaft stärken. Die Verhandlungsposition ist partiell, da finanzielle und horizontale Fragen nicht behandelt wurden. Diese werden zurzeit im Rahmen der Verhandlungen über den MFR erörtert. Das Programm gliedert sich in drei Hauptaktionsbereiche:

- **Kreatives Europa – Kultur** soll einen Beitrag zur grenzüberschreitenden kulturellen und künstlerischen Zusammenarbeit leisten,
- **MEDIA+** soll die Vielfalt und Wettbewerbsfähigkeit des audiovisuellen Sektors und der Videospielebranche steigern sowie freien und unabhängigen Journalismus und Nachrichtenmedien unterstützen und
- **CERV+** soll Grundrechte und Gleichheit; Prävention von Diskriminierung, Stärkung der demokratischen Teilhabe und Wahrung der Rechtsstaatlichkeit fördern.

Die gebilligte partielle Verhandlungsposition bildet das Mandat des Rates für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die AgoraEU-Verordnung.

[Pressemitteilung](#)

23. Treffen der Außenminister zur Sitzung des Ostseerates vom 28. bis 29. Mai in Sopot/ Polen

Polen führt 2025-2026 den **Vorsitz im Ostseerat** und lud alle Außenministerinnen und -minister der Mitgliedsstaaten sowie die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik vom 28. bis 29. Mai 2026 nach Sopot/ Polen ein. Die Beratungen standen erneut unter dem Einfluss des Kriegs in der Ukraine, dessen Auswirkungen täglich im Ostseeraum spürbar sind.

Im vergangenen Jahr wurde ein Bericht über die **Zukunft des Ostseerates** (OSR) erstellt, aus dem nun Maßnahmen abgeleitet wurden. Zentral war sicherheitspolitische Neuausrichtung. Zudem wurde ein **Weißbuch zu Sabotageakten im Ostseeraum** beim Außenminister-Treffen thematisiert und veröffentlicht.

Die Mitgliedsstaaten planen zudem die **Zusammenarbeit zum Schutz des kulturellen Erbes in Krisenzeiten** und bewaffneten Konflikten stärker in den Fokus zu nehmen. Ziel ist eine intensiviertere Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Wie jedes Jahr hat es im Vorfeld des Ministertreffens ein **Youth Ministerial** von Jugendvertreterinnen und -vertretern gegeben, dessen Ergebnisse den Außenministerinnen und -ministern vorgestellt wurden.

Der polnische Vorsitz endet am 30. Juni 2026, danach übernimmt **Island** den Vorsitz für ein Jahr. Das Land hat bereits signalisiert den angestoßenen Reformprozess weiterzuführen und Resilienz als weiteren Schwerpunkt zu setzen.

MV-Ostseetage 2026 – Horizonte erweitern

Die Ostsee verbindet Mecklenburg-Vorpommern seit jeher mit seinen Nachbarn in Europa – in Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Aus dieser Zusammenarbeit entstehen vielfältige Projekte, Partnerschaften und neue Ideen.

Mit den **MV-Ostseetagen 2026**, die vom **9. bis 19. Juni 2026** im ganzen Land stattfinden, wird diese Zusammenarbeit erstmals in einem gemeinsamen Format gebündelt sichtbar und erlebbar gemacht.

Unter dem Motto „MV-Ostseetage 2026 – Horizonte erweitern“ laden Veranstaltungen aus unterschiedlichen Bereichen dazu ein, den Ostseeraum neu zu entdecken, Einblicke in gemeinsame Themen zu gewinnen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Das Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten M-V organisiert die zentrale **Auftaktveranstaltung der MV-Ostseetage am Mittwoch, den 10. Juni 2026 in Greifswald**, die Kultur, Begegnung und Einblicke in die Ostseekooperation miteinander verbindet.

Im Dom St. Nicolai eröffnet Europaministerin Bettina Martin die MV-Ostseetage und die preisgekrönte Autorin **Berit Glanz** liest aus ihren Werken. Im Gespräch eröffnet sie einen literarischen Blick auf Küstenräume, Wandel und Leben im Ostseeraum.

Auf der Domwiese laden Projekte und Initiativen aus Mecklenburg-Vorpommern und dem Ostseeraum zum Entdecken, Mitmachen und Gespräch ein. Im Mittelpunkt stehen Themen wie Meeresschutz und Nachhaltigkeit, Gesundheit und Lebensqualität sowie Kultur, Identität und Begegnung. Auch für Familien gibt es kreative Mitmach-Angebote.

Ein **Bürgerdialog** mit Ministerin Martin und weiteren Gästen lädt im Dom dazu ein, über die Zukunft der Zusammenarbeit im Ostseeraum ins Gespräch zu kommen. Ein musikalisches Highlight rundet den Auftakt ab: Der bekannte finnisch-italienische Geiger **Elia Lombardini** präsentiert einige seiner eindringlich-schönen Kompositionen.

Das Programm der MV-Ostseetage 2026 kann online abgerufen werden.

<https://www.mv-ostseekooperation.de/>

12. Laufende Konsultationen

Binnenmarkt	
28. Mai – 20. August 2026	Binnenmarkt – Beendigung ungerechtfertigter regionaler Angebotsbeschränkungen
20. Mai – 12. August 2026	Ökodesign-Anforderungen an Eisen- und Stahlerzeugnisse
19. Mai – 29. Juli 2026	EU-Zentrum für kritische Rohstoffe
13. Mai – 10. Juni 2026	Biotech-Rechtsakt II
Digitale Wirtschaft und Gesellschaft	
13. Mai – 25. Juni 2026	Targeted initiative for a better copyright environment for European creativity and innovation
Energie	
27. März - 19. Juni 2026	Richtlinie über radioaktive Abfälle und Richtlinie über Verbringungen – Bewertung
Justiz und Grundrechte	
11. Mai – 6. Juli 2026	EU-Strategie zur Korruptionsbekämpfung – ein umfassender Ansatz zur Korruptionsbekämpfung innerhalb und außerhalb der EU
Maritime Angelegenheiten und Fischerei	
26. Mai – 23. Juni 2026	Überarbeitung der Fischereibewirtschaftungsvorschriften – Omnibus-Paket
Öffentliches Gesundheitswesen	
18. Mai – 15. Juni 2026	Tabakerzeugnisse und Tabakwerbung – Überarbeitung der EU-Vorschriften
Regionalpolitik	
6. Mai – 5. Juni 2026	Strategie für das Recht zu bleiben: Deine Region, Deine Zukunft
Statistiken	
29. April – 22. Juli 2026	Europäische Tourismusstatistik – Aktualisierung der Rechtsvorschriften
Umwelt	
27. Mai – 24. Juni 2026	Wasserssektor – Beschleunigung der Digitalisierung für eine bessere Bewirtschaftung und Nachhaltigkeit

Verbraucherschutz, Allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und Soziales, Bank- und Finanzdienstleistungen, Öffentliches Gesundheitswesen, Inneres, Binnenmarkt

22. Mai – 19. Juni 2026

[Omnibus-Initiative für Bürgerinnen und Bürger – Verringerung des Verwaltungsaufwands](#)

13. Termine

Rat der Europäischen Union und Europäischer Rat	
1./2. Juni 2026	Informelles Treffen der Ministerinnen und Minister für Kultur
3. Juni 2026	AStV (2. Teil)
3. Juni 2026	AStV (1. Teil)
4. /5. Juni 2026	Informelle Ministertagung „Kohäsionspolitik“
4./5. Juni 2026	Rat (Justiz und Inneres)
5. Juni 2026	Gipfeltreffen EU-Westbalkan
7./8. Juni 2026	Informelle Tagung der Verteidigungsminister
8. Juni 2026	AStV (2. Teil)
8. Juni 2026	Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Verkehr)
9. Juni 2026	Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Telekommunikation)
10. Juni 2026	AStV (2. Teil)
10. Juni 2026	AStV (1. Teil)
12. Juni 2026	Rat (Wirtschaft und Finanzen)
15./17. Juni 2026	G7-Gipfel, Evian, Frankreich
15. Juni 2026	Rat (Auswärtige Angelegenheiten)
16. Juni 2026	Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (Gesundheit)
16. Juni 2026	Rat (Allgemeine Angelegenheiten)
17. Juni 2026	AStV (1. Teil)
18./19. Juni 2026	Europäischer Rat
22. Juni 2026	Rat (Landwirtschaft und Fischerei)
24. Juni 2026	AStV (2. Teil)
24. Juni 2026	AStV (1. Teil)
25. Juni 2026	Rat (Umwelt)
26. Juni 2026	Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Energie)

29. Juni 2026	AStV (2. Teil)
29. Juni 2026	Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz – Sozialpolitik)

Europäische Kommission	
1. Juni 2026	Öffentliche Debatte Umsetzungsdialog zur Verordnung über den europäischen Raum für Gesundheitsdaten mit Kommissionsmitglied Olivér Várhelyi
1./2. Juni 2026	Das internationale Währungssystem und die Rolle des Euro
2. Juni 2026	Kompetenzen für die Wettbewerbsfähigkeit Europas
1./3. Juni 2026	Konferenz zur tierversuchsfreien Stoffsicherheitsbewertung und Roadmap-Umsetzung
3./4. Juni 2026	Grüne Woche der EU 2026: Investitionen in eine naturpositive Wirtschaft
3. Juni 2026	Horizont Europa - Marie Skłodowska-Curie Actions (MSCA) Doctoral Networks 2026 - Call info day Nur online Live-Streaming verfügbar
3. Juni 2026	Öffentliche Debatte Jugendpolitischer Dialog mit Kommissarin Roswall
9. Juni 2026	Öffentliche Debatte Umsetzungsdialog zur Erneuerbare-Energien-Politik mit EU-Kommissar Dan Jørgensen
9. Juni 2026	Einführung von T-MED: der Transmediterranen Initiative für Zusammenarbeit in den Bereichen erneuerbare Energien und saubere Technologien
9. Juni 2026	Dialog über die Umsetzung: Stärkung der Rolle des Privatsektors der EU bei Investitionen in erneuerbare Energien in der MENA-Region
9./11. Juni 2026	Europäische Woche für nachhaltige Energie
9./13. Juni 2026	Das Festival des Neuen Europäischen Bauhauses 2026
15. Juni 2026	Grüne Haushaltsplanung in der EU: Auf dem Weg zur ergebnisorientierten Haushaltsplanung
16./17. Juni 2026	8. Europäische Konferenz über nukleare Sicherheit: Regulierung der nuklearen Sicherheit in einem sich schnell verändernden und herausfordernden Umfeld
18. Juni 2026	Ein qualifizierter erster Arbeitsmarkt Nur online
18./19. Juni 2026	Förderung des Generationswechsels in der Landwirtschaft der EU – Verbesserung des Zugangs von Junglandwirten zu Finanzmitteln (Warschau)
19. Juni 2026	Innovationsfonds: Konsultationsveranstaltung der Interessenträger zu den IF26-Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen Live-Streaming verfügbar
29./30. Juni 2026	Öffentliche Debatte Umsetzungsdialog zur CO2-Abscheidung und -Speicherung in der EU-Klimapolitik – Hindernisse und Voraussetzungen

30. Juni 2026	Mission Soil Investment Forum
30. Juni 2026	Öffentliche Debatte Umsetzungsdialg zur EU-Aquakulturpolitik mit EU-Kommissar Costas Kadis
30. Juni/2. Juli 2026	Tage der Katastrophenresilienz
2. Juli 2026	Jährliche EU-Haushaltskonferenz 2026 – Boost Europe: Nutzung des EU-Haushalts für strategische Prioritäten

Europäisches Parlament

15./18. Juni 2026	Plenartagung des Europäischen Parlaments
Juni 2026	Ausschusssitzungen

Ostseekooperation

Veranstaltungsübersicht: <https://www.europa-mv.de/Service/Termine/>

14. Ansprechpartner(innen)

AnsprechpartnerInnen	Themenbereiche
Dr. Merten Barnert Direktor Telefon: +32-2 741-6000 E-Mail: merten.barnert@mv-office.eu	<i>Institutionelle Fragen, Grundsatzangelegenheiten, Wirtschaft, Energie, Infrastruktur, Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Finanzen der EU, Ostseekooperation, KPKR, auswärtige Beziehungen, NATO</i>
Henning Machedanz Referent Telefon: +32-2 741-6004 E-Mail: henning.machedanz@mv-office.eu	<i>Justiz, Inneres, Bauen, Digitales, Medien, Integration, Ausschuss der Regionen, Gleichstellung</i>
Stephan Redlich Referent Telefon: +32-2 741-6771 E-Mail: stephan.redlich@mv-office.eu	<i>Digitalisierung der Wirtschaft, Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Arbeit, Existenzgründung, Technologieförderung, Außenwirtschaft, Forschung, Gesundheit, Soziales</i>
Manuel Eymers Referent Telefon: +32-2 741-6005 E-Mail: manuel.eymers@mv-office.eu	<i>Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume, Umwelt, Jugend, Sport</i>
N.N.	<i>Wirtschaft, Energie, Infrastruktur, Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Finanzen, Ostseekooperation</i>
N.N.	<i>Forschung, Innovation, Kultur, Bildung, Jugend, Sport, Gleichstellung</i>
Petra Götz Verwaltung Telefon: +32-2 741-6003 E-Mail: petra.goetz@mv-office.eu	<i>Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Haushalt und Beschaffung, Veranstaltungsplanung</i>
Alexander Mannewitz Öffentlichkeitsarbeit Telefon: +32-2 741-6001 E-Mail: alexander.mannewitz@mv-office.eu	<i>Digitale Kommunikation und Medien, Social Media, IT-Verwaltung, Veranstaltungs-Management</i>